

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 1 · 24. Januar 2002 · www.cdu-csu-ep.de



Von links: Pat Cox, Präsident des Europäischen Parlaments
und Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion

Inhalt

EVP-Kandidat Cox zum neuen Präsidenten gewählt

Die EVP-ED-Fraktion hat bei der Neuwahl des Präsidiums des Europäischen Parlaments zur Hälfte der Legislaturperiode in der vergangenen Sitzungswoche in Straßburg große Erfolge erzielen können.

Mit den Stimmen der EVP-ED-Fraktion konnte die Wahl von Pat Cox (Liberale Fraktion/Irland) zum neuen Parlamentspräsidenten durchgesetzt werden. Im neu gewählten Präsidium wird die EVP-ED-Fraktion künftig sieben von 14 Vizepräsidenten stellen, sowie drei von fünf Quästoren. In acht von 17 parlamentarischen Ausschüssen stellt die EVP-ED Fraktion den Vorsitz.

Elmar Brok:
EU-Konvent
Seite 2

F. Xaver Mayer:
Hopfenanbau
Seite 4

Ingo Schmitt:
ÖPNV
Seite 5

Kurz & bündig:
Aus der EVP-ED-Fraktion
Seite 7

ELMAR BROK:

Mehr Transparenz und demokratische Legitimation

EINSETZUNG DES KONVENTS IN LAEKEN BESCHLOSSEN

Hat der Gipfel von Laeken nun endlich den Wendepunkt eingeleitet? Vieles lässt hoffen, dass die langsamen Karossen der Staats- und Regierungschefs in den Reformpfad eingebogen sind. Im letzten Dezember wurden die richtigen Signale dafür ausgesetzt: Die nächste Reformrunde soll von einem sich mehrheitlich aus direkt gewählten Volksvertretern bestehenden Konvent vorbereitet werden. Die Einsetzung eines demokratisch legitimierten Verfahrens, an dem sich Abgeordnete des Europäischen und der nationalen Parlamente ebenso wie Repräsentanten der nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission gleichberechtigt beteiligen, ist ein Novum. Die Vorbereitung wurde damit aus den Händen der sich nicht bewährten Diplomatenverhandlungen genommen. Dies bietet die Chance, nun eine noch vor der Aufnahme neuer Staaten in die Union dringend benötigte Lösung für das künftige Institutionengefüge zu finden. Diesmal kann es nicht bei Minimalreformen bleiben. Dies hätte desaströse Folgen für die weitere Entwicklung der Europäischen Union.



Elmar Brok MdEP

Spätestens im Dezember 2000 hatte sich nach dem wenig erfolgreichen Gipfel in Nizza herausgestellt, dass der europäische Integrationsprozess allein durch eine neue Methode weiter geführt werden kann. In Laeken haben die Staats- und Regierungschefs die Konsequenzen gezogen. Neben der Einsetzung

des Konvents erkennen sie die demokratische Herausforderung Europas an, die europäischen Organe und die Bürger einander näher zu bringen und eine weitest gehende demokratische Kontrolle zu erzielen. „Demokratie, Transparenz und Effizienz“ dürfen jedoch keine leeren Worte bleiben.

Europa muss verständlich und effizient werden

Nur ein Europa, das in seinen Entscheidungen verständlich und effizient ist, kann die Herzen der Menschen erobern. Der Konvent wird dazu dienen, die Europäische Union im Interesse ihrer Bürger handlungsfähig zu machen – dies gilt für Fragen der wirtschaftli-

chen Entwicklung ebenso wie für die innere und äußere Sicherheit.

Im März 2002 wird der Konvent seine Arbeit aufnehmen. Das kommende Jahr ist eine wichtige Phase, in der er sich in seiner Arbeitsweise wird bewähren müssen. Nach Ablauf der Verhandlungen ist dem Europäischen Rat ein kohärentes Ergebnis vorzulegen, das sich als einzige Verhandlungsgrundlage für die kommende Regierungskonferenz eignet. Das Papier muss generelle Lösungsansätze aufzeichnen und einen breiten, möglichst auch durch das Forum der Zivilgesellschaften gedeckten Konsens verkörpern. Der Konvent bietet die Chance, ohne unmittelbaren Zeitdruck, der für Gipfeltreffen symptomatisch ist, über die anstehenden Veränderungen zu debattieren. Dabei muss von vornherein klar sein, dass – nachdem die Meinungen offen und frei zum Ausdruck gekommen sind – ein Kompromiss gefunden werden muss.

Ziel ist der Abschluss eines Verfassungsvertrags

Das Ziel ist das Verfassen eines widerspruchsfreien Dokumentes, dass von breiter Zustimmung gestützt wird und von Parlamentariern legitimiert ist. Im Dezember 2003 sollten die fünfzehn Staats- und Regierungschefs auf dieser Basis dann vor dem Inkrafttreten der Erweiterung die „Verfassung von Rom“, die rechtlich ein Verfassungsvertrag ist, abschließen.

Das Europäische Parlament hat durch die Entsendung von 16 Vertretern, von denen sechs Abgeordnete

der Fraktion der EVP-ED angehören, eine gute Ausgangssituation. Die Abgeordneten werden ihre Aufgabe sehr ernst nehmen und hart an der Reform der Union arbeiten. In dem kommenden Wochen wird das Parlament seine konkreten Forderungen an den Konvent formulieren, damit es eine aktive mitgestaltende Rolle im Reformprozess übernehmen kann. Dass die Zukunft Europas nicht mehr allein in den Händen der Staats- und Regierungschefs liegen kann, ist eine durch die Einsetzung des Konvents durchgesetzte Forderung. Das Europäische Parlament trägt nun eine große Verantwortung, die Grundprinzipien der Union – Prinzipien von Bürgernähe, Transparenz und demokratischer Kontrolle – umzusetzen. Wenn der Konvent ein Erfolg wird, kann die von ihm erarbeitete Verfassungsgrundlage im Dezember 2003 in den Verfassungsvertrag von Rom münden.

Der Konvent hat die Legitimation, eine Verfassung für Europa zu erarbeiten. Die Unionsbürger haben einen Anspruch auf eine Verfassung, in der sie ihre Rechte wiederzufinden können. Die verbindliche Integration der Charta der Grundrechte muss deshalb Bestandteil dieser Verfassung werden. Nach Laeken sind die Weichen für eine europäische Verfassung gestellt worden – dieser Weg muss nun mit geeinter Kraft eingeschlagen und erfolgreich beschritten werden.

Elmar Brok (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied des Verfassungskonvents der Europäischen Union und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament.

FRANZ XAVER MAYER:

Der Hopf ist ein Tropf

ZUR FÖRDERUNG DES STRUKTURWANDELS DES EUROPÄISCHEN HOPFEN-SEKTORS MÜSSEN SONDERMASSNAHMEN BALD VERLÄNGERT WERDEN

„Der Hopf ist ein Tropf“. In diesem gängigen bayerischen Sprichwort steckt das ganz besondere Verhältnis der Landwirte zu ihrem Hopfen. Nicht nur hinsichtlich der Anbau-technik und der Witte-rung sowie des Ein-satzes an Arbeits-stunden und Kapital ist der Hopfen eine sehr anspruchsvolle Kultur-pflanze, die permanente Pflege und die ganze Aufmerksamkeit des Hopfen-bauern erfordert. Auch am Markt verhält sich der Hopfen sehr eigenwillig, denn kaum ein Jahr verläuft wie das andere.

Die Europäische Union ist der welt-weit größte Hopfenproduzent, dabei stammt allein 80 Prozent aus Deutsch-land. Hauptkonkurrent auf dem Welt-markt ist die USA, die Betriebe dort be-finden sich überwiegend im Besitz von zwei Hopfenhandelshäusern. Diese be-herrschen den Welthopfenhandel und vereinigen 70 Prozent des gesamten Welthandelsvolumens auf sich. Nach-dem der Weltmarkt für Hopfen in den 90er Jahren durch ein Überangebot in erhebliche Schwierigkeiten geraten war, entspannte sich die Lage in der EU durch eine erhebliche Reduktion der Flächen und die Umstellung auf moder-



F. Xaver Mayer MdEP

ne Sorten. Die so erziel-te Qualitätssteigerung konnte den negativen Preistrend zwar brem-sen, gleichzeitig fragten die Brauereien aber we-niger Hopfen nach.

Um sich besser am Markt behaupten zu können, sind die rund 3.600 Familienbetriebe in der EU zumeist zu Er-zeugergemeinschaften zusammengeschlos-

sen. Unterstützt wurde dies durch die im Jahre 1971 eingeführte gemeinsa-me Marktordnung für Hopfen. Sie sieht u.a. die finanzielle Förderung des Hop-fenanbaus über eine Produktionsbei-hilfe für Hopfen und bestimmte Son-dermaßnahmen vor. Die EU-Hopfen-marktordnung umfasst weder Rege-lungen zum Aufkauf von Überschüssen noch zum Außenhandelschutz und er-laubt somit den freien Handel des Hop-fens auf dem Weltmarkt.

Die Erzeugerbeihilfe für Hopfen hat in der Vergangenheit eine wichtige Rol-le bei der Erleichterung der kostenin-tensiven Sortenumstellung, aber auch bei der Finanzierung der vielfältigen Vermarktungsmaßnahmen gespielt. Im letzten Jahr konnte auf Druck des Europäischen Parlaments eine Verlän-gerung der Produktionsbeihilfe um drei

Jahre durchgesetzt werden. Mit den 1998 eingeführten Sondermaßnahmen wurde eine langjährige Forderung des Europäischen Parlaments entsprochen, die Beseitigung der strukturellen Überschüsse des Hopfensektors zu unterstützen. Die zeitweise Stilllegung bzw. die endgültige Rodung von Hopfenflächen sind dabei auf breite Akzeptanz gestoßen.

Nach einer sehr guten Ernte 2001, ist der Hopfenmarkt derzeit jedoch wieder von starken Überschüssen und Preisverfall geprägt. Eine weitere Beschleunigung des Strukturwandels ist angesichts der prekären Marktlage sowie der starken weltweiten Konzentrationsprozesse des Hopfenhandels und der Brauwirtschaft vonnöten. Obwohl die Regelung zu Stilllegungs- und Ro-

dnungsmaßnahmen in diesem Jahr ausläuft, hat die Kommission noch keinen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise gemacht. Um die notwendigen Umstellungen vornehmen zu können, brauchen die Hopfenbauern Planungssicherheit. Nur bei verlässlichen und stabilen Rahmenbedingungen ist eine rasche, sozial verträgliche Umstellung möglich. Die Verlängerung der Sondermaßnahmen um weitere drei bis fünf Jahre, würde die notwendige Marktberreinigung beschleunigen, damit der europäische Hopfen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt.

Franz Xaver Mayer (CSU) ist Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Agrarpolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe.

INGO SCHMITT:

Öffentlicher Personennahverkehr

LINKE MEHRHEIT BREMST WETTBEWERB AUS

Bereits seit vielen Jahren besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass es auch bei der Erbringung von Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr Wettbewerb geben soll. Diese Auffassung ist nicht nur Ausfluss ordnungspolitischer Überlegungen, sondern resultiert aus der Erkenntnis, dass die kommunalen Verkehrsbetriebe, solange sie als Monopol vor Ort agieren, Verkehrsleistungen zu teuer erbringen. Deswegen gibt es seit Mitte der neunziger Jahre Bestrebungen, auch diesen

Markt EU-weit für einen kontrollierten Wettbewerb zu öffnen. Zur Diskussion standen noch der Zeitpunkt sowie Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht, Höchstdauer von Vertragslaufzeiten, Ausschluss von Sozialdumping und andere Detailfragen.

Nachdem die kommunalen Verkehrsbetriebe und die Gewerkschaften die Entschlossenheit der Politik zur Kenntnis genommen hatten, gaben sie ihre anfängliche Blockadehaltung auf und begannen, sich mit dieser Entwick-

lung zu arrangieren. So gelang es bereits vielerorts im Vorlauf zu der erwarteten gesetzlichen Regelung die kommunalen Verkehrsbetriebe mit einem umfassenden Modernisierungs- und Rationalisierungsprogramm auf den Weg der Kosteneffizienz zu bringen. Erste Erfolge wurden bereits sichtbar, denn der Zuschussbedarf durch die öffentliche Hand ging bei gleicher Verkehrsleistung in vielen Städten und Gemeinden zurück.

Im Juli 2000 verabschiedete die Kommission dann die erwartete Verordnung und legte sie anschließend dem Europäischen Parlament vor. Nach der Zustimmung von Parlament und Rat sollte sie drei Jahre später ihre volle Wirkung entfalten. Die Debatte im Europäischen Parlament brachte aber eine entscheidende Wendung zum Negativen: Der zuständige Berichterstatter, ein niederländischer Abgeordneter der Grünen-Fraktion, schlug unter dem Druck der Lobbyisten vor, den Gemeinden, Kreisen und Ländern ein Wahlrecht einzuräumen.

Mit dem Stichwort der Subsidiarität wurde versucht, dieses Wahlrecht zu begründen. Das Europäische Parlament beschloss daraufhin mit einer Mehrheit von Sozialisten, Teilen der Liberalen, aber auch der Franzosen, die immer für Wettbewerb sind, aber nicht vor der eigenen Haustür, dass jede Kommune selbst entscheiden könne, ob sie ihre Verkehrsleistungen ausschreiben oder

weiterhin exklusiv an ihren kommunalen Betrieb vergeben wolle.

Dieses Wahlrecht wäre nicht nur das Ende des ursprünglich von vielen gewollten kontrollierten Wettbewerbs, denn der Druck auf die örtliche Politik durch Geschäftsführung und Mitarbeiter des kommunalen Verkehrsbetriebes sowie durch die Gewerkschaften, von einer Ausschreibung abzusehen, wäre immens, sondern alle bisher erreichten Kostensenkungen in diesem Bereich durch die drohende Ausschreibungspflicht würden sich möglicherweise wieder verflüchtigen und man könnte zu der Selbstbedienungsmentalität kommunaler Monopolbetriebe zurückkehren.

In den nächsten Monaten ist der Rat am Zuge; der deutsche Verkehrsminister ist dazu aufgerufen, die Fehlentscheidung des Europäischen Parlaments zu korrigieren. Außerdem gilt es die Zeit bis zur zweiten Lesung zu nutzen, um einen Teil der Europaabgeordneten davon zu überzeugen, dass das Wahlrecht nichts mit Subsidiarität zu tun hat, sondern ausschließlich einen Wettbewerbskiller darstellt, der an den Wünschen und Bedürfnissen der Steuerzahler nach einem guten aber kosteneffizienten öffentlichen Personennahverkehr vorbeigeht.

Ingo Schmitt (CDU Berlin) ist Mitglied im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments und Verkehrsstaatssekretär a.D. im Land Berlin.



Ingo Schmitt MdEP

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Pat Cox – Kandidat der EVP-ED-Fraktion**

Der bisherige Vorsitzende der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, **Pat Cox**, wurde – entsprechend einem Abkommen zwischen den beiden Fraktionen zu Beginn der Legislatur – mit den Stimmen der EVP-ED Fraktion zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Im Juli 1999 hatte die Liberale Fraktion die Kandidatin der EVP-ED-Fraktion, **Nicole Fontaine** (F) unterstützt und die EVP-ED-Fraktion ihrerseits die Unterstützung des liberalen Kandidaten für die zweite Legislaturhälfte zugesagt. Der Fraktionsvorsitzende **Hans-Gert Pöttering**, begrüßte die Wahl von Cox und hob hervor, dass dieser ein überzeugter Europäer und eine politisch erfahrene Persönlichkeit sei. Mit den Stimmen der EVP-ED-Fraktion kann so nach langer Zeit erstmals wieder eine kleinere Fraktion im Parlament den Präsidenten stellen, der gleichzeitig auch aus einem kleineren Mitgliedsland der Europäischen Union kommt. „Damit macht das Europäische Parlament deutlich, dass in einer funktionierenden Demokratie alle die gleichen Chancen haben“, erklärte Pöttering. Pöttering hatte sich als Fraktionsvorsitzender seit Beginn der Legislatur immer wieder für die Rechte der kleineren Fraktionen im Parlament eingesetzt. Dem entsprach auch das zu Beginn der Legislatur zwischen der EVP-ED-Fraktion und der Liberalen Fraktion geschlossene Abkommen über die Wahl des Parlamentspräsidenten.

■ **Sieben Vizepräsidenten für EVP-ED-Fraktion**

Sieben von 14 Vizepräsidenten für die EVP-ED-Fraktion bei der Wahl der übrigen Präsidiumsmitglieder war die EVP-ED-Fraktion äußerst erfolgreich. Die sieben Kandidaten der Fraktion sind alle gewählt worden, fünf stehen an der Spitze des Wahlergebnisses. **Georgios Dimitrakopoulos** (GR) wurde mit 240 Stimmen zum zweiten Vize-Präsidenten gewählt. Es folgen **Charlotte Cederschiöld** (S), **Alejo Vidal Quadras** (E), **Guido Podestà** (I), **Ingo Friedrich** (D), **José Pacheco Pereira** (P) und **James Provan** (UK). Zuvor war die EVP-ED-Fraktion mit fünf Vizepräsidenten im Parlamentspräsidium vertreten.

■ **Drei von fünf Quästoren**

Als Quästoren wurden die Mitglieder der EVP-ED-Fraktion **Mary Banotti** (Irl) **Godelieve Quisthoudt-Rowohl** (D) und **Miet Smet** (B) gewählt.

■ **Acht von 17 Ausschussvorsitzenden**

Elmar Brok (D) wird Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bleiben. Die Fraktion unterstreicht damit die Bedeutung, die sie der Erweiterung und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beimisst. **Diemut Theato** (D) wurde als Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses bestätigt. **Ana Palacio Vallelersundi** (E) wird zukünftig Vorsitzende des Ausschusses für Freiheiten und Rechte der Bürger

sein. Ihr Nachfolger als Vorsitzender des Rechtsausschusses wird **Giuseppe Gargani** (I). **Caroline Jackson** (UK) ist als Vorsitzende des Umwelt- und Verbraucherausschusses bestätigt worden. **Joseph Daul** (F) wird den Vorsitz im Landwirtschaftsausschuss, **Struan Stevenson** (UK) im Fischereiausschuss und Vitalano **Gemelli** (I) im Petitionsausschuss übernehmen.

■ Schuman-Medaille für Nicole Fontaine

Die EVP-ED-Fraktion ehrte **Nicole Fontaine** (F) mit der Schuman-Medaille für ihre erfolgreiche Präsidentschaft und ihren Einsatz für eine starke Union. Der Fraktionsvorsitzende **Pötte-
ring** überreichte ihr die Medaille, würdigte ihre Tätigkeit und hob ihr Engagement bei der Bekämpfung des Terrorismus vor, das sie schon vor den Attentaten am 11. September in New York und Washington gezeigt habe. Die Schuman-Medaille ist eine renommierte Auszeichnung für Politiker, die sich um die europäische Einigung, den Frieden und den Schutz der Menschenrechte verdient gemacht haben.

■ Untersuchung der Maul-und-Klauenseuche

Trotz des Widerstands der Sozialdemokraten wird aufgrund eines Beschlusses des Europäischen Parla-

ments ein nichtständiger Ausschuss für die Maul- und Klauenseuche eingesetzt werden. Aufgabe des Ausschusses ist es, die Ursachen und Folgen des Ausbrechens der MKS zu untersuchen und Vorschläge auszuarbeiten, wie die Vorbeugung und die Bekämpfung der Krankheit in Zukunft verbessert werden können.

Der Agrarpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion **Lutz Goepel** (D) begrüßte die Einsetzung des neuen Ausschusses nachdrücklich. Es komme nicht nur entscheidend darauf an, aus möglichen Fehlern, die bei der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts und der nationalen Praxis gemacht worden seien, zu lernen, sondern auch die Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Krankheit in der EU generell besser abzustimmen. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass weder Grenzkontrollen noch Impf- und Krankheitsbekämpfungsprogramme ausreichend seien. **Robert Sturdy**, britischer Abgeordneter und führendes Mitglied des Landwirtschaftsausschusses, begrüßte die Entscheidung ebenfalls als ein positives Zeichen für die Landwirtschaft in Europa, da die Menschen in der Europäischen Union die letztjährige MKS-Krise und ihre Auswirkungen nicht einfach unter den Teppich kehren wollten.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, IHZ, 11011 Berlin, Telefon 0 30-20 96 13 22, e-mail: stephan.mock@cducsu.bundestag.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.